

Bianca van Wijnen – Vorsitzende der Fraktion HDE/BAVC

„Am Freitag, den 21. März 2025, hat der Bundesrat mit der erforderlichen Zwei-Drittel-Mehrheit der Verfassungsänderung zugestimmt. Damit ist der Weg für das Milliarden-Finanzpaket von Union und SPD freigemacht. Es ist ein bedeutender Schritt, dass ein Teil dieses Sondervermögens in den Bereich „Gesundheit“ fließen soll. Besonders erfreulich ist, dass diese Mittel dazu beitragen können, die dringend benötigten Investitionen in das Gesundheitswesen zu sichern.

Es muss jedoch angemerkt werden, dass in dem Sondierungspapier diesem zentralen Thema lediglich 3 von insgesamt 402 Zeilen gewidmet sind. Diese knappe Behandlung des Themas steht in keinem Verhältnis zu den enormen Herausforderungen, vor denen unser Gesundheitssystem aktuell steht und die in den kommenden Jahren noch verschärft werden könnten. Wie bereits von Herrn Storm angesprochen, ist es immens wichtig, das Thema Gesundheit weiter in den Fokus zu rücken.

Die Herausforderungen im Gesundheitswesen sind zahlreich und dringend. Die Finanzierung der Krankenversicherung ist eine komplexe und seit Jahren ungelöste Aufgabe, die nicht nur die Gesundheitsbranche, sondern auch die gesamte Volkswirtschaft betrifft. Die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung ist auf lange Sicht nicht nachhaltig, da die demografische Entwicklung, der steigende Bedarf an medizinischer Versorgung und die Kosten für neue Technologien die Ausgaben kontinuierlich steigen lassen. Gleichzeitig stagniert die Zahl der Beitragszahler und die steigenden Beiträge belasten nicht nur die Versicherten, sondern auch die Arbeitgeber.

Das deutsche Gesundheitssystem ist teurer als das der meisten anderen EU-Länder. Die Gesundheitsergebnisse entsprechen dagegen nur dem europäischen Durchschnitt. Das geht aus einer Analyse der EU-Kommission hervor. Das Thema der Belastungen der Arbeitgeber muss im Blick behalten werden. In einem globalisierten Markt, der von ständigen Veränderungen und Unsicherheiten geprägt ist, ist es entscheidend, dass Deutschland als Standort für Unternehmen weiterhin attraktiv bleibt.

Zu den hohen Kosten für das deutsche Gesundheitssystem kommen erhebliche Versorgungslücken. Ich habe dieses Thema bereits in mehreren Statements angesprochen. Viele Unternehmen investieren – zusätzlich zu den bereits hohen Kosten im Bereich Gesundheit – in Maßnahmen, um diese Lücken zu schließen.

Dem aktuellen Pressespiegel der DAK-Gesundheit ist zu entnehmen, dass die Diagnose Depressionen 2024 besonders auffällig war: Verursachten Depressionen im Jahr 2023 bezogen auf 100 DAK-versicherte Beschäftigte noch 122 Fehltage, waren es 2024 bereits 183 Tage. Das ist eine Zunahme von 50 Prozent. Dies ist bei einer durchschnittlichen Wartezeit auf einen Therapieplatz von 142 Tagen nicht verwunderlich. Hinzu kommt, dass die Diagnose Depression häufig nicht direkt gestellt wird. Oft beginnen die Diagnosen zunächst mit Bauchschmerzen, Rückenschmerzen, Kopfschmerzen oder Sonstigem. Dies verursacht mehrfach AU-Kosten bei den Arbeitgebern. Für die Krankenkassen bedeutet dies, dass die wertvollen Beitragszahler immer länger ausfallen und auch für sie erhebliche Kosten verursachen.

Wir fordern die DAK-Gesundheit dazu auf, sich mit diesem Thema intensiv auseinander zu setzen und Systeme zu entwickeln, in denen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schneller behandelt werden. Wir werden den Diskurs hierzu in Zukunft intensivieren und erwarten zeitnah Vorschläge zu diesen Themen.

Selbstverständlich werden wir die DAK-Gesundheit dabei unterstützen „eine verstärkte Aufklärung über die Ursachen und tabulose Informationen zu Depressionen und Angststörungen sowie unterstützende Angebote zur Stärkung der mentalen Gesundheit“, so ein Zitat von Andreas Storm im Pressespiegel, in Unternehmen zu platzieren und zu verstärken.“